

## Michael Jäger Utopie und Realpolitik

Man braucht die Realpolitik nicht den Realos zu überlassen. Auch jede Politik, die auf konkrete Utopie gerichtet ist, muß die realpolitische Diskrepanz vermeiden, die darin besteht, daß man sich nicht auf die vorhandene schlechte Wirklichkeit einläßt und daher an ihr abgeleitet, oder daß man sich einläßt um den Preis der Anpassung und des Identitätsverlusts. Ich könnte diese Grunddiskrepanz in viele Einzeldiskrepanzen zerlegen, will es aber nicht tun, sondern lieber davon sprechen, wie man sie vermeiden kann. Es gibt drei gute realpolitische Regeln, die ich nacheinander erörtern werde. Erste Regel: Sich auf das einlassen, wovon die Rede ist. Zweite Regel: Sich auf das stützen, was vorhanden ist. Dritte Regel: Das Neue aus dem Alten entwickeln. Bei der dritten Regel geht es nicht mehr nur um Realpolitik, sondern auch um Realökonomie. Eben auf diesen Übergang kommt es an. Bevor wir die klassenlose Gesellschaft und die ökonomische Selbstbestimmung der Gesellschaft realökonomisch angehen können, braucht es einen realpolitischen Vorlauf, der allerdings paradox anmutet: Das konkret utopische Programm scheint an die schlechte ökonomische Wirklichkeit nicht »anschlußfähig« zu sein – und soll ihr doch entgegengesetzt werden – das auch noch bei äußerst ungünstigen Kräfteverhältnissen.

Erste Regel: Sich auf das einlassen, wovon die Rede ist

Als simples Beispiel rufe ich eine Losung der 70er Jahre ins Gedächtnis, die da hieß »Freiheit für Zimbabwe«. So richtig sie war, hatte sie doch etwas Lächerliches, denn man wußte nicht recht, wem sie eigentlich zu Gehör gebracht werden sollte. Es gab nämlich in den Ohren der Leute kein Zimbabwe, es gab nur Rhodesien. Freilich konnte man »Freiheit für Rhodesien« nicht sagen, weil man dann die Bezeichnung mit dem Namen des Imperialisten Cecil Rhodes gutgeheißen hätte, wo es gerade darum ging, zur Unterstützung des antiimperialistischen Befreiungskampfs aufzurufen. Das war eine Diskrepanz, die auf der Ebene von Forderungen und Aussagen überhaupt nicht gelöst werden konnte. Aber sie verschwand auf der Ebene von Frage und Antwort. Ich hoffe jedenfalls und nehme an, daß sie so im propagandistischen Gespräch tatsächlich gelöst wurde. Bei der Frage Freiheit oder Unfreiheit für Rhodesien holte man die Leute ab, die Zeitungsleser, Fernsehzuschauer, denn es war ihre Frage. Aber man antwortete nicht mit Freiheit oder mit Unfreiheit, sondern widersprach der ganzen Frage und löste sie auf. Darin bestand die Antwort. »Ihr vermischt drei Fragen miteinander«, sagte man, »nämlich erstens ob dieses Land Rhodesien oder Zimbabwe ist, zweitens ob Rhodesien die Freiheit zusteht, drittens ob Zimbabwe die Freiheit zusteht. Einem Rhodesien, wenn das die richtige Etikettierung wäre – wenn nämlich die Fruchtbarkeit des Landes auf Cecil Rhodes zurückginge –, stünde Freiheit allerdings nicht zu. Aber Zimbabwe zu beherrschen, steht *euch* nicht zu.«

Das Verhältnis zwischen einer Frage und derjenigen Antwort, die ihr als einer falsch gestellten widerspricht, ist zwar ein Verhältnis der absoluten Entgegensetzung. Denn vom Standpunkt der Frage ist die sie zurückweisende Antwort immer unendlich weit entfernt. Sie taucht in den Grenzen des Frageraums überhaupt nicht auf. Aber dennoch, die absolute Entgegensetzung ist absolut anschlufähig. Denn auch eine zurückweisende Antwort ist Antwort eben auf die Frage, die gestellt wurde, und das begreift der Fragende sehr wohl, selbst wenn er wütend ist, die Frage nicht so beantwortet zu sehen, wie er es sich erhofft hatte. Wenn ich, schon an der Kasse stehend, frage, wann die Nachtvorstellung anfängt, und dann höre, sie fällt aus, werde ich mich ärgern, aber ich werde verstanden haben.

Wie wird Vollbeschäftigung wiederhergestellt, wird heute gefragt. Daraus gehen weitere Fragen hervor: wie man Unternehmen das arbeitsintensive Investieren erleichtert und wie man die Zeit verkürzt, die zwischen der Meldung des Arbeitsplatzverlusts und dem Angelangtsein beim Ersatzarbeitsplatz vergeht. Darum dreht sich die öffentliche Debatte. In ihr trägt man Antworten vor und konfrontiert sie miteinander. Die einen wollen Vollbeschäftigung neoliberal wiederherstellen, die andern keynesianisch. Aus der neoliberalen Antwort ergibt sich, daß die Frage nach der Erleichterung des Investierens mit Lohn- und Steuerdumping beantwortet wird, die Frage nach dem Anlangen beim Ersatzarbeitsplatz mit einer angeblich »aktivierenden« Jobvermittlung. Vom keynesianischen Standpunkt wird eine antizyklische Finanz- und Investitionspolitik verlangt. Was man nun tun kann: zum einen in diesem Streit Partei für die bessere Antwort zu ergreifen, zum andern aber die Aufmerksamkeit auf die Frage hinzulenken und ihr zu widersprechen. Auf diesem Weg bringt man die Öffentlichkeit auf andere Fragen: wie man darauf reagiert, daß arbeitsintensives Investieren durchaus kein vordringliches Ziel von Unternehmen ist, auch dann nicht, wenn sie immer niedrigere Löhne und Steuern zahlen; wie man darauf reagiert, daß für verlorene Arbeitsplätze hinreichend viele Ersatzarbeitsplätze nicht zur Verfügung stehen; wie man Bürgereinkommen gerecht regelt, wenn Vollbeschäftigung nicht mehr erreichbar ist.

Damit hängen Anschlußfragen zusammen, die tiefer führen: ob Arbeit ein Wert an sich ist oder wann er es ist, wann nicht; ob die Institution der Unternehmerfreiheit auch dann hinnehmbar ist, wenn sie eben nicht, wie Adam Smith glaubte, automatisch zu Gemeinwohl-Resultaten führt. Wie reagieren wir auf den Umstand, daß Smith ein Denker nicht nur vor Marx, sondern sogar vor Kant war, ein Mann, der noch von Thomas von Aquin her dachte, der das Erdbeben von Lissabon noch nicht mental verarbeitet hatte, der an die prästabilisierte Selbstheilung der Natur und so auch eines sich ihm als natürlich darstellenden Marktgeschehens glaubte? Es geht auch darum, die öffentlich unbemerkte Degeneration von Fragen zu verhindern, zum Beispiel wenn gar nicht mehr nach der Vollbeschäftigung gefragt wird, weil sie unerreichbar geworden ist, das stimmt ja, sondern wenn infolgedessen nur noch nach der Verringerung der Arbeitslosigkeit gefragt wird, so als ob ein System mit systematischer Massenarbeitslosigkeit, die nur eben verringert wird, gar nicht kriminell wäre.

Ich will darauf hinaus, daß neue Fragen, die aus gelingenden Frage-Zurückweisungen hervorgehen, anschlussfähig sind bei noch so ungünstigen Kräfteverhältnissen. Eine realpolitische Diskrepanz entsteht immer nur dann, wenn Fragen übersprungen werden, in denen sich die Leute nun einmal bewegen. Wenn man das begriffen hat, erschrecken Kräfteverhältnisse viel weniger. Natürlich geht es darum, aus der ganz kleinen Minderheit heraus stärker zu werden als die große Mehrheit. Aber die große Mehrheit ist deshalb große Mehrheit, weil bestimmte Fragen sie zusammenkitten, die manchmal als Fragen gar nicht bewußt sind, weil man gleich nur über die Antworten streitet. Im Maß wie es der Minderheit gelingt, diese Fragen kenntlich zu machen und zurückzuweisen, ist sie nicht mehr die Minderheit.<sup>1</sup> Das größte Problem hier-

---

<sup>1</sup> Selbstverständlich hängt es nicht nur vom Belieben der Subjekte ab, ob sie Fragen zurückweisend beantworten können und das mit gesellschaftlichem Erfolg, sondern die Reife der materiellen Verhältnisse muß es ermöglichen. Umgekehrt versteht es sich nicht von selbst, daß bei Vorhandensein solcher Reife die Beantwortung auch wirklich erfolgt. Mein Punkt ist, daß es zum Verständnis dieser letzteren Seite, der Seite des »subjektiven Faktors«, nützlich ist, sich klarzumachen, daß das dem materiell Vorhandenen ideell Entsprechende nicht einfach in der Form von »Aussagen, die das Materielle widerspiegeln«, erscheinen kann: als ob solche Aussagen wenn nicht vom Himmel herab-, dann doch gleichsam von der Erde zu den Köpfen herauffallen könnten. Es gibt solche Aussagen nur, wenn sie als Antworten auf Fragen entstehen. Denn Aussagen sind Antworten. Und Antworten ist eine subjektive Fähigkeit. Sie verlangt zum Wenigsten, daß das Subjekt Fragen überhaupt beachtet, befreift und auch sucht. Marx stellt das auf seine Art fest, wenn er sagt, die Menschheit stelle sich »nur Aufgaben,

bei ist natürlich die verfestigte Mediengewalt, doch auch diese hätte ohne kittende Fragestellungen keinen Bestand. Die Mediengewalt ist das wichtigste aktuelle Problem überhaupt, hiermit müßte sich ein Anschlußkongreß befassen. Wir stehen jedoch schon heute keiner absolut lückenlos befestigten Mediengewalt gegenüber.

Die zweite Regel: Sich auf das stützen, was vorhanden ist

Wenn man sich in die schlechte Wirklichkeit einmischt, antwortet und fragt man nicht nur. Mit Reden und Schreiben allein ist es nicht getan, sondern man muß irgendwie organisiert sein. Traditionell formuliert man ein Programm und propagiert es. Das impliziert letztlich die Existenz einer Partei. Auf dieser Linie haben sich Lenin und Lukács auf Vorhandenes gestützt und doch kam es zu lehrreichen Diskrepanzen. Lenin denkt anfänglich von der bürgerlichen Parteienwirklichkeit her und will in diesem Rahmen nur eben die besondere proletarische Partei ausbilden. Es soll gewiß eine Partei »neuen Typs« sein, aber daß die Parteiform schon als solche gewisse Vorentscheidungen impliziert, weiß er nicht, sondern hält sie für ein klassensubjektiv beliebig hin- und herwendbares Instrument. Man kennt dieses Problem aus seiner Staatsanalyse, wo er ebenfalls glaubt, der Staat sei eine Art Instrument, ein bisher bürgerlich geschwungener Hammer, den aber genausogut das Proletariat in den viel stärkeren Arm nehmen könne. Die beiden Probleme hängen auf eine Weise zusammen, die Lenin nicht sieht: Wer arglos in den Staat geht, verstaatlicht sich selbst. Parteien aber sind immer Staatsparteien, wer also arglos in eine Partei geht, sei es auch eine, die man zu diesem Zweck selbst erst gründet, verstaatlicht sich auch.

Bei Lukács wird dann noch deutlicher als bei Lenin, worauf das Konzept der *proletarischen Klassenpartei* hinausläuft. Diese Partei soll von dem Interesse, die klassenlose Gesellschaft herbeizuführen, geleitet sein, und da dies das objektive Interesse des Proletariats sei, müsse eben das Proletariat das Subjekt dieser Partei sein. Andererseits reicht es nicht, daß das Proletariat einfach eine Partei bildet, wie Lenin und Lukács an den Sozialdemokraten beobachten. Denn das vorhandene Proletariat hat seine subjektiven Interessen statt von vornherein das objektive Interesse. Da muß es mithin Personen geben, die über *die Wahrheit* dieser Partei wachen. Woraus letztlich folgt, diese Partei kann keine demokratische Partei sein, sie muß manchmal »gesäubert« werden und dergleichen mehr.

Aber die Vorstellung, es könne je eine Partei geben, die sich anders als auf natürliche Weise bildet, das heißt auf die Weise, wie sich zum Beispiel die sozialdemokratische Partei gebildet hat, ist falsch und unnötig. Parteien kommen immer nur subjektiv zustande. Das Objektive an ihnen ist gerade dies, daß sie notwendig zu Staatsparteien werden, also so etwas wie ein Transmissionsriemen zur Verstaatlichung ihrer Mitglieder sind. Eine proletarische Partei wird dann also eine Partei sein, die nicht etwa für Interessen der Klassenlosigkeit kämpft, sondern für besondere proletarische Interessen. Interessen sind nun einmal etwas anderes als Hoffnungen oder Fragen. Interessen sind Neigungen, und neigen kann man sich nur zu etwas, das vorhanden ist. Der Neigung geht eine Schwerkraft verursachend voraus. Proletarische Interessen ergeben sich aus der Schwerkraft der vorhandenen proletarischen Lebenswelt und laufen auf diese auch wieder hinaus. Allenfalls kann das Parteiinteresse der Staatsbesetzung hinzukom-

---

die sie lösen«, d.h. nur Fragen, die sie beantworten kann (praktisch und ideell), weil »die Aufgabe selbst nur entspringt, wo die materiellen Bedingungen ihrer Lösung (...) wenigstens im Prozeß ihres Werdens begriffen sind«, d.h. weil Fragen nur da bewußt werden, wo es auch möglich ist, sie zu beantworten. Das Materielle schafft nur die »Bedingung«, d.h. die Möglichkeit der Antwort: Diese selbst – und darin eingeschlossen die Beachtung oder Entdeckung der Frage – muß vom Subjekt kommen.

men; so passiert es, daß ein parteitragendes Proletariat aufhört, Proletariat zu sein, und sich zu einer Klasse von Staatsagenten wandelt.

Nun könnte man sagen, man sehe ja schon an dem Problem, in das Lenin sich verwickelt, daß Parteibildung ohnehin falsch sei. Ob mit dem Anspruch der Klassenlosigkeit oder nicht, die Partei wird jedenfalls zur Verstaatlichungsagentur. Ist eine realpolitische Regel, sich auf das zu stützen, was vorhanden ist, damit nicht widerlegt? Das Problem ist nur, daß auch die irrealpolitische Regel von Lukács widerlegt ist, sich auf das zu stützen, was nicht vorhanden ist, nämlich auf Proletarier in der Neigung zur klassenlosen Gesellschaft. Richtig ist jedenfalls, daß Parteien, wie wir sie kennen, ein integraler Bestandteil der kapitalistischen Gesellschaft und ihres Staates sind, aus der wir gerade herausfinden wollen. Aber nun beachte man: Das war immer die Exodus-Situation, eine andere kann es gar nicht geben. Die neue Gesellschaft kann nicht durch Institutionen der neuen Gesellschaft vorbereitet werden, denn die gibt es noch nicht, sondern nur durch Institutionen der alten Gesellschaft mit allen dann notwendig folgenden Halbheiten und Schwierigkeiten. Das geht aber eben auch. Man stützt sich auf Parteien, selbst gegründete und von anderen gegründete, ohne ihre Grenzen zu verkennen. Alles hat eben Grenzen.

Parteien links oder rechts liegen zu lassen, wäre keine Lösung, gerade weil sie zur Staatsmacht wesentlich gehören. Wenn man die Staatsmacht nicht von innen angreifen könnte, das heißt auch auf der Parteebene, könnte man sie gar nicht angreifen.

Ich ziehe zunächst die Konsequenz, daß, wenn man eine Partei bilden will, die fähig sein soll, die klassenlose Gesellschaft herbeizuführen, es keine proletarische, ja überhaupt *keine Klassenpartei* sein darf. Eine Partei für Klassenlosigkeit kann nur interklassistisch zusammengesetzt sein. Das ist für diesen Zweck die bestmögliche Art, sich auf Vorhandenes zu stützen. Ob die Parteimitglieder Arbeiter sind wie Bebels, Unternehmer wie Engels, Juristen wie Lenin, gleichviel. Diese Auskunft allein führt noch nicht weiter. Eine interklassistische Partei wird natürlich dazu neigen, auf die vorhandene Interklassizität der vorhandenen Gesellschaft zurückzufallen, das heißt in den offenen oder verdeckten Klassenkampf. Das letzte Beispiel haben die Grünen geliefert. Aber nun gehe ich davon aus, daß diese Partei die Organisation derjenigen Menschen ist, die aus der Zurückweisung vorhandener Fragen neue Fragen gewinnen und die vorhandenen Menschen dazu bringen, sich in diesen zu bewegen. Für das Folgende ist die Erinnerung wichtig, daß die Gewinnung neuer Fragen Schritt für Schritt geschehen soll. Dabei geht es nicht um Zwischenschritte, bei denen man das Ziel aus den Augen verliert, nämlich die klassenlose, ökonomisch selbstbestimmte Gesellschaft, sondern um Schritte immer im Geist der absoluten Entgegensetzung, von der ich sprach. Jeder einzelne Zwischenschritt muß die Entgegensetzung an sich haben. Aber der Zwischenschritt ist doch jedesmal nur die Frage, in der wir uns gerade bewegen, bis es gelungen ist, sie zurückzuweisen, in tiefere Fragen zu überführen, schließlich in die tiefste Frage nach der klassenlosen Gesellschaft.

Man leitet also zu immer grundlegenderen Fragen über. Dazu gehören eine Analyse der Kommunikationsverhältnisse und eine Verständigung über die Schritte der Frage-Antwort-Strategie, auch über die Methode ihrer ständigen flexiblen Neujustierung, und natürlich muß man sich auch einig sein über das, was man für die Grundfragen und -antworten hält. Wäre diese Verständigung da, dann hätte sie einen so konkreten und spezifischen Charakter, daß eine Gruppe von Menschen aus ihr als aus einem eigenen Feuer heraus leben könnte, ohne daß das Projekt so leicht in Verstaatlichung umkippen würde. Garantien, ob und wie lange ein solches Feuer brennt, kann niemand geben. Das war schon immer so, und doch hat es Gruppen ähnlicher Art, die Erfolg hatten, in der Geschichte gegeben.

Ich habe von Gruppen, nicht mehr von Parteien gesprochen, weil ich mir vorstelle, daß solche Gruppen zwar in Parteien arbeiten, vielleicht auch welche gründen, sie jedenfalls stark zu beeinflussen versuchen, aber doch ihre auch nach außen hin sichtbare Eigenständigkeit innerhalb und außerhalb der Parteien wahren müssen. Die Gruppe ist durch das Fragespiel definiert, das sie spielt. Man könnte sich vielleicht vorstellen, daß eine wachsende Zahl solcher Gruppen, deren Frage-Antwort-Strategie konvergiert, sich zu einem öffentlich bekannten »Bund demokratischer Kommunisten« zusammenschließt, oder wie immer sie sich nennen. Ich komme nun zu einer weiteren Schwierigkeit, die zur Diskrepanz werden kann, aber nicht muß. Nehmen wir einmal an, ein solcher Bund habe schon eine erfolgreiche Parlamentspartei gründen können oder habe zu einer vorhandenen Parlamentspartei ein besonders nahes Verhältnis. Welche Realpolitik wird er dieser Partei empfehlen beziehungsweise selbst im Rahmen der Parteiform beherzigen?

Auch hier gibt es Erfahrungen. Die KPD der Weimarer Zeit war nicht nur ihrer Propagandamethode wegen keine Partei, die wir uns wieder wünschen, sondern auch ihre parlamentarische Taktik war suboptimal. Sie hat zwar richtig analysiert, was in einem bürgerlichen Parlament abläuft, nämlich daß es dort einen rechten und einen linken Parteienblock gibt, die so tun, als ob sie eine Alternative bildeten, sich aber in Wahrheit dazu hergeben, gemeinsam oder abwechselnd der Stützpunkt des jeweiligen Kapitalinteresses zu sein – oder einfacher gesagt: die zwar verschieden antworten, aber nur auf eine und nicht eben die beste Frage. Diese richtige Analyse schlägt sich in einer völlig korrekten Parole nieder: »Wer Hindenburg wählt, wählt Hitler, wer Hitler wählt, wählt den Krieg.« Die SPD hatte nach ihrer Vorstellung von Realpolitik angenommen, Hindenburg gegen Hitler unterstützen zu müssen. Falsch aber war, daß die KPD ganz allgemein den Schluß zog, die beiden Parteiblöcke seien gar nicht verschieden zu behandeln, weil es sich auf beiden Seiten um Faschisten handle; Sozialdemokraten seien »Sozialfaschisten«.

So soll es nicht sein. Eine emanzipierte Partei im Parlament muß einerseits den kapitalistischen Charakter beider großer Blöcke, zu denen sie sich als dritter Block verhält, durch Oppositionsarbeit verdeutlichen – sie sagt: »Die Frage, ob SPD oder CDU, weisen wir zurück« – , sie muß aber andererseits den konstruktiven Charakter ihrer eigenen Politik klarstellen. Es darf nicht so aussehen, als könne ihre Anwesenheit im Parlament keinerlei praktischen Nutzen haben, ja als erkenne sie die beiden Blöcke nicht als legitimen Ausdruck dessen an, wovon bei den Wählermassen die Rede ist, und trete nur in Erscheinung, um das Parlament und damit die Demokratie zu zerstören. Es muß ihr statt dessen gelingen, aus der eigenen Fragestellung, obwohl sie minoritär ist, praktische Antworten hervorgehen zu lassen.

Die Verbindung so verschiedener Ziele ist möglich. Die gedachte Partei würde viele eigene Anträge im Parlament einbringen und den meisten Anträgen der rechten und linken kapitalistischen Parteien nicht zustimmen. Aber sie würde doch immer darauf achten, ob es nicht Anträge gibt, egal ob vom rechten oder linken kapitalistischen Block stammend, den sie unterstützen könnte. Auf dieser Ebene wären auch Kompromisse möglich: Man könnte einzelne Projekte unterstützen, die man für nicht ganz richtig hält, von denen man aber gleichwohl glaubt, sie würden den politischen Prozeß voranbringen. In diesem Fall würde man öffentlich *sagen*, was man statt dessen lieber getan, das heißt praktisch geantwortet hätte, und könnte das freier tun, als wenn man in eine Koalition eingebunden wäre. Bei all diesen Zügen, ob Widerstand, eigener Vorschlag, punktuelles Bündnis oder Kompromiß, würde man sich mit dem Stand des Frage-Antwort-Spiels, welches man dabei ist, zur letzten Systemfrage hin zu treiben, öffentlich explizieren.

### Dritte Regel: Das Neue aus dem Alten entwickeln

Bei der dritten Regel gehe ich, wie angekündigt, von der Realpolitik zur Realökonomie über. Es ist vorausgesetzt, daß das Fragespiel mit Erfolg in die tieferen Systemfragen hineingeführt hat und man nun Gelegenheit erhält, aus der Mehrheitsposition heraus die Ökonomie der Gesellschaft praktisch zu verändern.<sup>2</sup> Ich gehe nicht darauf ein, daß das in den wichtigsten Gesellschaften gleichzeitig geschehen müßte,<sup>3</sup> auch nicht auf die Frage, wie man antidemokratische Gewalt an dieser Schwelle entmachtet. Vielmehr will ich die Notwendigkeit ökonomischer Zwischenschritte betonen, nachdem von politischen Zwischenschritten schon die Rede war. Das Problem kann wie folgt formuliert werden: Welches wäre die konkrete Richtung auf die letzte Frage, in die eine gedachte Partei das Fragespiel heute schon treiben könnte? Ich stelle mir vor, daß es wieder eine nächste Frage mit Richtung auf die letzte Frage gäbe. Die nächste Frage ist die nach dem ernstgenommenen »freien Markt«, der sich von dem, was heute so bezeichnet wird, stark unterscheidet. Es kann ja nicht unmöglich sein, daß eine Gesellschaft in freien Wahlen die Grundlinien der Produktion periodisch festlegt und damit die gesellschaftliche Nachfrage definiert, welcher sämtliche Unternehmer dann zu dienen haben. Das wäre ein gewaltiger Schritt voran. Diese Fragestellung bricht bereits mit der Diktatur des Kapitals über den Markt, aber mit Begriffen, die sonst vom Kapital zur Selbstverteidigung angeführt werden – Nachfrage, Dienst am Kunden, Marktfreiheit und so weiter.

Sobald die Gesellschaft über diese Frage auch nur nachdächte, könnte man aus ihr schon zwei übernächste Fragen entwickeln. Zum einen: Wenn Unternehmer solcherart dienend wären, wie sie ja schon immer zu sein behaupteten, aber nie wirklich waren, mit welchem Recht sind sie dann mehr als eine bloße Berufsgruppe, eine Dienstleistungsgruppe? Die Gruppe derer, die die Initiative ergreifen, wie es so schön heißt. Das können sie tun, aber ein Recht zur Weitervererbung von Gewinn aus Produktionsmittelbesitz folgt daraus nicht. Warum ändern wir also nicht das Erbrecht? Damit wäre die Richtung zur klassenlosen Gesellschaft eingeschlagen. Zum andern: Bei freien Wahlen, aus denen sich die Grundlinien der Produktion ergeben sollen, würde es sich um bloße Konsumwahlen handeln, mit der unausgesprochenen Unterstellung, daß jeder die Natur vernutzen kann, wie es ihm paßt, nur daß seine Freiheit in der Freiheit der anderen eine Grenze hätte. Ein solches Konzept bleibt noch gänzlich im Subjektiven gefangen. Deshalb muß im übernächsten Schritt auch die Frage, auf die man mit Konsumwahlen am besten antwortet, zurückgewiesen werden. Daraus geht dann die Frage nach *Naturwahlen* hervor. Bei dieser Frage unterstellt man nicht mehr, Wähler hätten völlig beliebige Ziele. Sie dürfen sie haben, demokratischerweise, aber sie können es gar nicht, da sie Ziele hinsichtlich ihrer Menschennatur und dann auch, weil das nun einmal zusammenhängt, hinsichtlich der Natur überhaupt haben. Man muß nur warten, bis das alle oder möglichst viele begriffen haben.

Marx umschreibt die Utopie so: Naturalisierung des Menschen, Humanisierung der Natur. Das ist auch sein Begriff der ökonomischen Basis: Die Beziehung der Menschen zueinander ist durch ihre Beziehung zur Natur vermittelt, wobei die entscheidende Vermittlung arbeitend geschieht. Man würde das wahrlich zu flach verstehen, wenn man glaubte, vermöge der Ar-

---

<sup>2</sup> Denkbar ist auch, daß die gedachte Partei von drei Minderheiten, in die das Parlament zerfällt, die stärkste ist und daß sie regiert, weil die beiden anderen Minderheiten untereinander koalitionsunfähig sind, ihr aber bereits die politische Hegemonie zuerkannt wird. Ihre Regierung würde sich dann auf wechselnde Mehrheiten stützen.

<sup>3</sup> Das haben Marx und Trotzki auf ihre Art festgestellt, wenn sie sagten, eine Revolution in einem Land könne nicht erfolgreich sein, auch nicht in mehreren Ländern, wenn es nicht die entwickeltsten Länder – die »Metropolen« – sind.

beit sollten der Natur bloß Lebensmittel entrisen werden. Das wäre der bornierte Konsumstandpunkt. Da kann herauskommen, daß der Mensch die Erdnatur in den nächsten 50 oder 100 Jahren vernutzt hat, sich dann zu anderen Planeten absetzt und heute schon einmal anfängt, den Übergang von der Menschennatur zur künstlich intelligenten Maschinennatur vorzubereiten, weil die im Weltall besser »überlebt«. Das wäre nicht »Naturalisierung des Menschen«, denn Menschen gäbe es gar nicht mehr. Hiergegen müssen wir mit Ernst Bloch in Erinnerung rufen: Im Menschen sucht die Natur zu sich selbst zu kommen, zu dem, was am Besten für sie wäre, für die Natur des Menschen und für jede andere Natur auch. Das ist es, was in der ökonomischen Basis der Gesellschaft stattfindet – Schritte zur besten aller möglichen Welten –, und kein bloßer Konsum, obwohl der auch dazugehört.

Eine Fragekette solcher oder ähnlicher Art, meine ich, ist erstens stark genug, einen Bund von Menschen zusammenzukitteln. Sie ist zweitens dem Kapitalismus absolut entgegengesetzt, und sie ist gleichwohl drittens eine Art, ans Vorhandene anzuschließen. Utopie und Realpolitik schließen einander nicht aus.



***Dieser Beitrag – hiermit exklusiv abgedruckt im LabourNet Germany - ist erschienen in:***

***Aufschrei der Utopie. Möglichkeiten einer anderen Welt***

***So lautet ein von Marcus Hawel und Gregor Kritidis herausgegebenes Buch (Hannover 2006, Offizin-Verlag, ISBN 3-930345-51-X, 18,80 €). Siehe dazu auch Inhaltsverzeichnis und weitere Informationen beim Verlag***

***<http://offizin-verlag.de/buch.php3?ID=54&session=>***